



Arbeit

Gute Arbeit für alle: Ein realistisches und notwendiges Ziel?

Kommentar zu den Thesen der Denknetz-Tagung
›Gute Arbeit für alle‹

Das Positive vorweg: Ich habe die Thesen mit grossem Interesse gelesen und begrüsse das ihnen zugrunde liegende Ziel, in Zeiten von »Hauptsache Arbeit haben« die Qualität der Arbeit wieder in den Vordergrund zu stellen. Es ist meine tiefste Überzeugung, dass ein Kampf für ein gutes Leben (und Arbeiten) nur dann Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn die Lohnabhängigen sich nicht mehr damit begnügen, ausbeutbar zu sein und ausgebeutet zu werden. Denn diese Bescheidenheit verstärkt ihre Lohnabhängigkeit, anstatt sie zu mildern oder gar zu überwinden. Leider wird dieses Ziel der Thesen durch einen unklaren Arbeitsbegriff und falsche Annahmen unterlaufen, was ich an den einzelnen Thesen aufzeigen möchte.

1. *»Die dauerhaft hohe Erwerbslosenquote bedroht die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft.«*

Meine erste spontane Reaktion lautete: Leider nicht! Denn nicht dem ›sozialen Frieden‹ gilt meine Sorge. Angesichts der Zumutungen, die mit der Erwerbslosigkeit verbunden sind, ist mein Problem eher der soziale Frieden infolge Ausbleiben massiver Proteste.

Doch selbst wenn dem nicht so wäre, geht die vorgebliche Bedrohung a) nicht von der Erwerbslosigkeit, sondern von der Lohnabhängigkeit an sich aus. Daher sind b) die der Erwerbslosigkeit zugeschriebenen Wirkungen, zum Beispiel Existenzbedrohung und Entzug von Anerkennung und Kommunikation/Kontakten, nicht per se an die Erwerbslosigkeit gebunden, sondern an die derzeitige Ausgestaltung des kapitalistischen Systems.

2. *»Gute Arbeit für alle ist deshalb ein zentrales gesellschaftspolitisches Ziel.«*

Aus dieser Aussage ergibt sich für mich eher das Ziel eines ›guten Lebens für alle‹. Gute Arbeit kann als gute Lohnarbeit lediglich ein möglicher Zwischenschritt sein, muss aber keinesfalls. Diese Unterscheidung ist wichtig, denn die Forderung nach Lohnarbeit für alle, also

Mag Wompel

1960, ist Industriesoziologin und lebt als freie Journalistin in Bochum. Sie arbeitet seit 1998 als Redakteurin von LabourNet Germany (www.labournet.de).



Arbeit

nach einem Recht auf Lohnarbeit, verstetigt die Zentrierung auf die Erwerbsarbeit und verstärkt damit die Haltung, es gäbe keine Alternative zur Lohnabhängigkeit als Mittel der Existenzsicherung. Aus einem Recht auf Arbeit wird aktuell die Pflicht zur Arbeit abgeleitet, in Deutschland nun gesetzlich zum Arbeitszwang gegossen als Voraussetzung für jegliche Sozialleistung. Dieser Workfare bricht mit allen bürgerlichen Rechten und führt längst dazu, dass Lohnarbeit sich von der Existenzsicherung entkoppelt hat und zum künstlichen Produkt mutiert.

Abgesehen davon, dass im kapitalistischen System ein gutes Leben für alle – allen ideologischen Versprechungen eines Wohlstandes für alle zum Trotz – grundsätzlich nicht möglich ist, gilt dies natürlich auch für gute Arbeit. Auch im Sinne eines »radikalen Reformismus« (Joachim Hirsch) fällt es schwer, gute Arbeit zu definieren, die nicht an den Tatsachen der Lohnabhängigkeit, Ausbeutung und Enteignung gesellschaftlicher Arbeit scheitert. Dies gilt meines Erachtens auch für folgende These:

3. *»Es reicht nicht aus, Arbeit für alle anzustreben. Die Qualität der Arbeit muss genau so beachtet werden wie die Quantität.«*

So sehr die Hinwendung zur Qualität der Arbeit zu begrüßen ist, so sehr gilt es erneut darauf hinzuweisen, dass Arbeit im Sinne eines gesellschaftlich notwendigen »tätig Seins« nicht mit der historisch spezifischen Form der Lohnarbeit verwechselt werden darf. Denn alle positiven Funktionen, die in dieser These der Lohnarbeit zugeschrieben werden, können je nach Gesellschaftsordnung auch anders erfüllt werden. Bereits innerhalb des kapitalistischen Systems liessen sich die Funktionen der Existenzsicherung, Anerkennung und sozialen Kontakte von der Lohnarbeit entkoppeln, würde man auf deren disziplinierenden und sozial definierenden Charakter sowie auf die Privatisierung öffentlicher Räume verzichten. Sie der Lohnarbeit alternativlos zuzuschreiben, steht im krassen Widerspruch zu der ebenda vorzufindenden erfreulichen Positionierung: *»Der Zwang, jede beliebige Arbeit annehmen zu müssen, steht dazu im schärfsten Widerspruch und wird von uns vehement zurückgewiesen.«* Denn wer sich damit begnügt, die Auswirkungen der Lohnabhängigkeit mildern zu wollen, anstatt genau diese Lohnabhängigkeit selbst zu mildern, der bejaht die angebliche Alternativlosigkeit der Lohnarbeit und damit die Lohnabhängigkeit selbst.

5. *»Verschiedene Seiten schlagen die Einführung eines bedingungslos garantierten gesellschaftlichen Grundeinkommens (Minimaleinkommen) vor und verbinden*



Arbeit

diese Forderung mit der Aussage, es sei nicht mehr genügend Erwerbsarbeit für alle vorhanden. Eine solche Sicht lehnen wir ab.«

Als Verfechterin eines bedingungslosen Grundeinkommens lehne ich diese These natürlich vehement ab, glaube allerdings, dass hier einige Missverständnisse vorliegen:

a) Das von mir (und vielen Erwerbsloseninitiativen in Deutschland) vertretene Konzept geht keinesfalls von einem ›Minimaleinkommen‹ aus, sondern von einem ›komfortablen Grundeinkommen‹, das eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und daher mindestens 850 Euro pro Monat plus Miete betragen muss.

b) Wir gehen in der Tat davon aus, dass nicht mehr genügend Erwerbsarbeit für alle vorhanden ist. Angesichts der kapitalistischen Entlohnungsgrundsätze wird keine – noch so radikale – Arbeitszeitverkürzung je wieder eine existenzsichernde Vollbeschäftigung herbeiführen können. Dies gilt umso mehr, wenn die Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur berücksichtigt werden und keine »gute und kostenlose Bildung für alle« eingefordert wird. Wenn wir nicht »künstlich« an neu zu schaffenden, überflüssigen, gesundheitsgefährdenden oder gesellschaftlich unerwünschten Arbeitsplätzen festhalten wollen, müssen wir anerkennen, dass die rasanten Produktivitätsfortschritte viele Arbeitskräfte überflüssig machen und weitere überflüssig machen werden. Ist nicht genau das ein uralter Menschheitstraum? Warum sollen diese Produktivitätsfortschritte nicht den Menschen zu Gute kommen, die sie ermöglicht haben, und für mehr persönliche Entfaltung wie Musse genutzt werden?

Dies gilt übrigens auch für die These 6: Die demografische Entwicklung der nächsten 20 Jahre wird günstige Rahmenbedingungen bieten, um die Vollbeschäftigung wieder zu einem realistischen Ziel zu machen. (...)

c) »Sie (diese Sicht) verfestigt die Spaltung zwischen den Erwerbsarbeitenden und den BezügerInnen von Sozialleistungen, statt deren Überwindung anzustreben.«

Diese Spaltung ist grundlegend im Konzept der Lohnabhängigkeit angelegt und wird durch die arbeitszentrierte Finanzierungsform der sozialen Sicherungssysteme verstetigt. Wir wollen gerade diese Spaltung überwinden, indem wir nicht die Erwerbslosigkeit, sondern ihre Ursache, die Lohnabhängigkeit, mindern wollen. Die erhöhte Wahlfreiheit zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit

- mindert direkt den Druck zur Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen der noch beschäftigten Menschen
- mindert folglich den Druck auf die Lebensbedingungen der Erwerbs-



Arbeit

losen, womit sich wiederum die aktuelle Verzichts- und Verelendungs- spirale stoppen lässt

- steigert den Druck auf die Arbeitgeber, die Qualität der angebotenen Arbeitsplätze zu erhöhen. Diejenigen, die Lohnarbeit verrichten wollen, können Bedingungen an diese Tätigkeit knüpfen, die heute undenkbar sind, weil eine riesige und zum Teil unfreiwillige Reservearmee den Wettbewerb um Arbeit, nicht aber um Lebensqualität, verschärft
- lässt die Idee des – finanziell problemlos realisierbaren – bedingungs- losen Grundeinkommens als ›trojanisches Pferd‹ wirken, um Alternativen zum Kampf um Arbeitsplätze oder gar zum kapitalistischen System denkbar zu machen.

Der »Zugang zu guter Arbeit« wird so nicht schwieriger, sondern leichter – selbst wenn ich darunter nur Lohnarbeit verstehen würde.

»Wir stehen ein für Arbeitszeitverkürzungen für alle und für eine bessere Berufs- bildung. Damit fördern wir auch eine Orientierung auf gemeinsame Ziele.«

Wir sehen darin keine Alternativforderungen, sondern eine unbeding- te, sich gegenseitig verstärkende Triade: Bedingungsloses Grundein- kommen *plus* radikale (gesetzliche!) Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich *plus* ein gesetzlicher Mindestlohn in eben- so komfortabler, nicht nur pfändungsfreier Höhe.

7. »Wenn die Produktivität der Arbeit steigt, kommt es unausweichlich zu einer Verkürzung der Arbeitszeit. (...) Wir schlagen deshalb vor, eine entsprechende europäische Kampagne zu entwickeln.«

8. »Parallel zur Arbeitszeitverkürzung sind auch die Löhne zu sichern. Wir schla- gen deshalb eine europäisch koordinierte Mindestlohnpolitik vor«...

Eine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung, wie sie etwa bereits von attac initiiert wurde, ist zu begrüßen. Allerdings muss die Gefahr bedacht werden, dass sie – um ›realisierbar‹ zu sein – möglicherweise sowohl auf den Lohn- als auch den Personalausgleich verzichten muss, womit die erwünschte Wirkung der Minderung der Erwerbslosigkeit konterkariert würde. Die grundlegende Frage, warum Europa als Wettbewerbsraum besser sein soll als nationales Standortdenken, muss natürlich auch bei einer solchen Kampagne zur europäischen Mindestlohnpolitik bedacht werden. Eine notwendige Internationalisierung kann nur noch als Glo- balisierung gedacht und angegangen werden, wenn wir nicht die beste- henden Wirtschaftskriege unfreiwillig unterstützen wollen.



Arbeit

9. Nichterwerbstätigkeiten in der Care Economy, beispielsweise Kinderbetreuung, private Pflege und Haushaltsführung, müssen sozial und wirtschaftlich stärker abgestützt werden.

12. These zum Service public.

Ausgehend von der Überzeugung, dass soziale Rechte keine Almosen sind und werden dürfen, unterstützt die Kampagne für ein bedingungsloses Grundeinkommen das Konzept der »Sozialpolitik als Infrastruktur« von Joachim Hirsch und Heinz Steinert (AG links-netz). Wir gehen davon aus, dass es einen Kampf für einen »guten öffentlichen Dienst« geben muss, der nicht nur beispielhafte Arbeitsbedingungen beinhaltet, sondern allen Menschen kostenlos zur Verfügung stehen muss. Zur sozialen Infrastruktur zählen wir dabei nicht nur Kinderversorgung und Bildung, Gesundheit und Pflege, sondern auch Mobilität, Kommunikation und Wohnen. So soll langfristig der Geldorientierung das Feld abgegraben werden und mittelfristig ein Grundeinkommen nur noch für diejenigen Güter notwendig sein, für die noch Geld gebraucht wird.

14. »...global gültige, soziale und ökologische Mindeststandards...«

...können daher nur einen ersten Schritt darstellen, auch wenn er erfreulicherweise die Eurozentriertheit überwindet. Statt die Folgen der Lohnabhängigkeit zu mindern, müssen unsere Kräfte künftig darauf verwandt werden, die Lohnabhängigkeit selbst zu mindern und globale BürgerInnenrechte zu stärken. Nur mit globalen Ansprüchen an ein gutes Leben kann genug Selbstbewusstsein und Solidarität aufgebaut werden, um wenigstens die realpolitischen Ziele einer »guten Arbeit im Kapitalismus« angehen zu können.

Vorraussetzung bleibt: der Erwerbszentriertheit muss der Rücken gekehrt werden, um auch der nationalen oder europäischen Wettbewerbsfähigkeit weh tun zu können. Denn mit Wirtschaftskriegen – ob um Profite oder um Arbeitsplätze – wird es kein gutes Leben geben, schon gar nicht für alle.